

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Julia Klöckner (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Obergrenze für die Höhe der Abhebegebühren an Geldautomaten

Die **Kleine Anfrage 295** vom 20. September 2011 hat folgenden Wortlaut:

Der Justizminister kündigte in einem am 10. September 2011 erschienenen Interview mit der Rhein-Zeitung mit Blick auf die Höhe der Geldautomatengebühren an, dass die Höhe der Abhebegebühren per Gesetz begrenzt werden müsste.

Vor diesem Hintergrund frage ich Landesregierung:

1. Wie hoch genau in (Euro) sollten nach Meinung der Landesregierung die gesetzlich festgelegten Gebühren an Geldautomaten sein?
2. Wird die rheinland-pfälzische Landesregierung eine Initiative zur gesetzlichen Regelung starten?
3. Wenn ja, wann, in welcher Form und mit welchem Inhalt?

Das **Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. Oktober 2011 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Die Fremdkundenentgelte für die Geldautomatennutzung sind in den letzten Jahren stark gestiegen und in der Öffentlichkeit kritisiert worden.

Eine Untersuchung der FMH-Finanzberatung vom Januar 2010 zeigte, dass die Gebühren für Fremdadhebungen binnen eines halben Jahres um rund 13 Prozent auf durchschnittlich 5,64 Euro stiegen.

Die Bundesregierung drängte Anfang des Jahres 2010 auf eine Einigung der Kreditinstitute über eine Neustrukturierung der Geldautomatengebühren und wies auf eine mögliche gesetzliche Obergrenze für Fremdadhebegebühren hin.

Die im Zentralen Kreditausschuss (seit August 2011: Die deutsche Kreditwirtschaft) vertretenen Verbände der deutschen Kreditinstitute einigten sich schließlich auf einen ab dem 15. Januar 2011 geltenden Modus der Gebührenfestlegung.

Die im ZKA getroffenen Eckpunkte haben folgenden Inhalt:

- Die bisherigen Interbankenentgelte werden abgeschafft.
- Das Geldautomaten betreibende Kreditinstitut erhebt von dem den Geldautomaten nutzenden Fremdkunden ein direktes Kundenentgelt, das dem Fremdkunden vor der Abhebung mitgeteilt wird. Der „Fremdkunde“ kann die Transaktion kostenfrei abbrechen, wenn er das Entgelt nicht zahlen will.
- Das direkte Kundenentgelt ist „diskriminierungsfrei“ zu erheben, d. h. Kunden aller Banken werden gleich behandelt, unabhängig davon, ob z. B. die Karten ausgebende Bank ein eigenes Geldautomatennetz betreibt oder nicht.

Die Landesregierung sieht in der Einführung des direkten Kundenentgelts einen wichtigen Schritt für eine verbesserte Preistransparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher. Damit sind gleichzeitig Wettbewerbsbedingungen geschaffen, die dem Kunden eine freie Entscheidung über die Bargeldbeschaffung am Geldautomaten ermöglicht.

b. w.

So sind Presseberichten zufolge die Fremdkundenentgelte seit Einführung des direkten Kundenentgelts bereits gesunken. Das Verbraucherportal biallo.de hat bis Mitte 2011 die Gebühren von mehr als 530 Kreditinstituten in Deutschland verglichen. Der Durchschnittswert aller Institute lag im Juli 2011 bei 3,95 Euro.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung hat sich bis jetzt nicht auf eine Obergrenze festgelegt. Sie wird die Preisgestaltung jedoch weiterhin auch im Hinblick auf möglichen gesetzgeberischen Handlungsbedarf beobachten.

Zu den Fragen 2 und 3:

Das Bundeskartellamt führt derzeit eine breit angelegte Marktbefragung zu den Entgelten für Bargeldabhebungen durch. Die Auswertung dieser Befragung sollte in jedem Fall abgewartet werden. Die Landesregierung wird dann darüber entscheiden, ob weitere Maßnahmen notwendig erscheinen.

In Vertretung:
Beate Reich
Staatssekretärin